

scheinenden missionspädagogischen Zeitschrift „Schule und Mission“, die von 11 000 Priestern, Lehrern und Katecheten über die Grenzen Deutschlands hinaus gelesen und beachtet wird, ähnliche pädagogische Handreichungen erscheinen, so zeigt sich auch hier der formgebende Einfluß der deutschen Zentrale des Werkes. Das Kennzeichen ihrer vielen Veröffentlichungen ist ihr unterrichtspraktischer Charakter. Es ist ferner die Überzeugung der um die Aachener Initiativen gruppierten Pädagogen, daß bloße lehrhafte Vermittlung der Werte katholischer Missionserziehung wenig Wirkung hat, wenn man dem Kinde keine Gelegenheit gibt, sich durch apostolisches Tun im eigenen Lebensbereich in die (wesenhaft missionarische) Kirche einzuüben. Nicht ohne tiefen Grund trägt der dritte Teil eines dreibändigen Werkes „Die missionarische Erziehung in der Volksschule“, das vom Päpstlichen Missionswerk der Kinder in Deutschland unter Mithilfe von über 70 Theologen, Dozenten der Pädagogik, Katecheten, Lehrern und Lehrerinnen herausgegeben wurde und das im Patmos-Verlag zu Düsseldorf erschien, den Titel „Einübung in die Kirche“.

Schwierigkeiten

Naturgemäß ist die missionarische Erziehungsarbeit des Werkes sehr viel schwieriger in Ländern, in denen die katholische Schule nicht Kristallisationspunkt seiner Arbeit sein kann. Aber auch hier sind dem Päpstlichen Kinderwerk Chancen gegeben, wenn es sich eng an die Pfarrseelsorge anschließt und vom Episkopat die Unterstützung erfährt, auf die es einen Rechtsanspruch hat. In Frankreich, dem Ursprungsland des Werkes, hat es angesichts der religionslosen Schule gar keine andere Wahl, als sich den Weg in die Pfarrseelsorge zu bahnen, und es wurde von berufener Seite jüngst erklärt, daß dies noch nicht völlig gelungen ist. Der seit Weihnachten 1950 dem Werk zugestandene Welttag der Heiligen Kindheit in den Pfarren ist eine besondere Gelegenheit, überall das Werk bekannt zu machen und seine Ziele zu fördern. Man muß freilich kindertümliche Formen für diese Feier finden und sie gut vorbereiten. Ein leidiges Problem ist für das Werk die Zeitschriftenfrage, besonders angesichts der wachsenden „Konkurrenz“ anderer Kinderzeitschriften. Wachsende Ansprüche an äußere Ausstattung erhöhen die Kosten der Herstellung und vermindern die Mittel, die man für die Kinderhilfe in den Missionsländern bereitstellen kann. Dazu kommt nun die allgemein gemachte Beobachtung, daß die Leseinteressen unter dem Einfluß der Fernseh-Mentalität nachlassen. Eine letzte Schwierigkeit ist das psychologisch durchaus begreifbare Drängen auf Darbietung konkreter Objekte für den Opfergeist der Kinder, das man nicht einfach mit der Erklärung abtun kann, es drohe hier ein gewisser Individualismus der Caritas die echte Opfergesinnung zu ersticken. Zweifellos kann das Werk seine Aufgabe in den Missionen nicht mehr erfüllen, wenn es nicht über Mittel verfügt, die entsprechend den zentral erkannten Notwendigkeiten auch zentral verteilt werden können. Einen guten Ausweg bietet hier die Praxis, das eine oder andere Projekt, das besonders zum Herzen der Kinder spricht, im Laufe des Jahres der besonderen Beachtung der Kinder zu empfehlen. In Deutschland hat man so mit zusätzlich gesammelten Mitteln vorzügliche Werke der Kinderhilfe in den Missionen schaffen können, ohne die normalen materiellen Opfer der Kinder geschmälert zu sehen.

Fassen wir zusammen: Nur auf der Grundlage einer der

Kinderwelt gegebenen echten missionarischen Erziehung kann das Werk der Heiligen Kindheit dauerhaft aufgebaut werden und dem dringenden Verlangen der Kirche entsprechend möglichst alle katholischen Kinder zu Gebet und Opfer für die Missionen führen. Nicht die Werbung steht hier an erster Stelle, vielmehr die Erziehung. Und da die Kinder schon möglichst frühzeitig dem Werke zugeführt werden sollen, muß diese Erziehung schon im Elternhaus durch die ersten Seelsorger des Kindes, seine Eltern, beginnen. Der vorschulischen apostolischen Erziehung ist deshalb die gebotene Aufmerksamkeit zu schenken. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn das Kind in einer echten religiösen Atmosphäre aufwächst. Damit schließt sich der Kreis unserer Betrachtungen. Auch die Schule kann nicht aufbauen, wenn das Elternhaus nicht mitbaut, ja die Fundamente legt. Die Zukunft des Päpstlichen Missionswerks der Kinder ist davon abhängig, daß die Erwachsenengeneration von der gleichen apostolisch-missionarischen Gesinnung erfüllt ist, die den Kindern zu vermitteln das Werk der Heiligen Kindheit als seine grundlegende Aufgabe betrachtet.

Zum Abschluß noch ein Hinweis. Die römische Zentrale des Gebetsapostolats hat in der deutschsprachigen Fassung der Gebetsmeinung den Namen „Kindheit-Jesu-Verein“ gebraucht. Diese Bezeichnung, unter der das „Werk der Heiligen Kindheit“ in Deutschland Eingang fand, ist vor gut fünf Jahren von der Leitung des Werkes in Deutschland unterdrückt worden, weil sie das Wesen dieses Werkes, das sich in kirchenamtlichem Auftrag an alle katholischen Kinder wendet, nicht wiedergibt, zur Verengung des Gesichtsfeldes bei der Wertung seiner Aufgaben führt und zu der Auffassung Anlaß geben kann, es handle sich hier um einen privaten Verein nach Art der Vereine des bürgerlichen Rechts, nicht aber um eine „Fromme Vereinigung“ des Kirchenrechts. Die Frage war in solchem Falle unausbleiblich: „Wie kann man schon Kinder zur Mitgliedschaft bei einem Verein veranlassen?“ Bekanntlich boten solche Auffassungen dem Nationalsozialismus den Vorwand, um Kindern von 6—10 Jahren die Mitgliedschaft in diesem „Verein“ zu verbieten. Aus allen diesen Gründen hat das Werk in Deutschland den Titel „Päpstliches Missionswerk der Kinder in Deutschland“ angenommen, und dies Beispiel scheint anderswo Nachahmung zu finden. In den Veröffentlichungen des Pariser Generalrats findet sich zwar noch die Bezeichnung: „Œuvre Pontificale Missionnaire de la Sainte Enfance“, aber auch eine neue: „Œuvre Pontificale de l'Enfance Missionnaire (La Sainte Enfance)“, wobei offensichtlich „La Sainte Enfance“ verschwinden soll, wenn der neue Titel sich eingebürgert hat.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Eine religiöse Enquete an belgischen Gymnasien

Die Löwener Zeitschrift „Nouvelle Revue Théologique“ veröffentlichte im Mai-Heft 1965 die Ergebnisse einer aufschlußreichen Umfrage über die religiöse Situation der Oberstufenschüler an den *katholischen* Gymnasien im französischen Sprachgebiet von Belgien. Die Umfrage war schon 1949 einmal veranstaltet worden und wurde nach 15 Jahren in möglichst unveränderter Form wiederholt. Die Antworten machen den

Eindruck großer Ehrlichkeit. Die Voraussetzungen für einen repräsentativen Durchschnitt sind gegeben, so daß auf diese methodische Vorfrage hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Wir können uns deshalb sogleich dem sachlichen Ergebnis der Umfrage zuwenden.

Was ist der Glaube?

In acht Fragen wollte man sich Aufschluß verschaffen über die Vorstellungen der jungen Menschen vom Wesen des katholischen Glaubens als religiöser Grundhaltung. Hierauf antwortete die große Mehrzahl von über 80%, und zwar fast unverändert im Jahre 1949 und 1964, korrekt, daß der Glaube die vertrauensvolle, liebende und freiwillige Antwort auf den Anruf Christi ist, die mit Hilfe göttlicher Gnade gegeben wird. Ein wichtiger Unterschied ist jedoch zu verzeichnen, 1949 waren 83,9% der Überzeugung, daß Gott den Gläubigen unerschütterliche Gewißheit über die Wahrheit des Geglauten verbürgt. 1964 wurde diese Überzeugung nur von 59,4% geteilt. Andererseits ist auch der Prozentsatz derer, die im Glauben nur eine blinde Annahme kirchlicher Dogmen sahen, von 24,2 auf 14% zurückgegangen. Unter den irrigen Erklärungen hielt mit einer geringfügigen Abweichung von 45,7 zu 43,4% die Ansicht, daß der Glaube durch Verstandesreflexionen zustande komme, die Spitze.

Der Glaubensinhalt

An einigen Beispielen wollte die Enquete sich vergewissern, wie es um das Glaubenswissen bestellt ist. Die korrekten Antworten überwogen. So wurden die Fragen nach dem verpflichtenden Charakter der Glaubenswahrheiten von der Existenz Gottes, der Gottheit Christi, dem gottgewollten Primat des Papstes und der persönlichen Liebe Christi zu jedem Menschen von 80—90% der Antworten bejaht. Dagegen fand die Glaubenswahrheit von der Ewigkeit der Hölle nur noch die Zustimmung von 58,3% der Antworten, gegenüber 86,1% im Jahre 1949. Mißverständnisse einzelner Glaubenswahrheiten und Mangel an der Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen verpflichtenden Lehren und Privatoffenbarungen, die die Gläubigen nicht binden, selbst wenn sie von der Kirche anerkannt worden sind, haben einen immerhin beachtenswerten Umfang. Mehr als ein Drittel der Befragten, nämlich 36,2% (1949) und 34,9% (1964), rechnete die Erscheinungen von Lourdes unter die verpflichtenden Glaubenswahrheiten. 9,5% bzw. 7,9% verstanden das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes dahin, daß der Papst nicht sündigen könne. Nur 40,6% bzw. 41,8% waren überzeugt von der durch das Neue Testament verbürgten Wahrheit, daß jedes wahrhaft christliche Gebet erhört wird. Die Zahl derer, die der Kommunion an neun Herz-Jesu-Freitag eine besondere Heilsbedeutung beimessen, ist von 15,3 auf 4,9% gesunken.

Glaubensmotive

63% der Befragten haben sich mit der Frage nach den Glaubensmotiven persönlich beschäftigt. Am Ergebnis fällt auf, daß die Prozentsätze der bejahenden Antworten relativ niedrig liegen. So haben z. B. nur 68,8% gegen 88,3% im Jahre 1949 angegeben, daß ihr Glaube auf ihrem persönlichen Vertrauen zur Botschaft Christi beruht. Das Motiv der Wahrheit des Glaubens hat nur bei 62,2% gegen 74,2 im Jahre 1949 Zustimmung gefunden. Allerdings führten weitere 21,8% dieses Motiv nebenbei an, so daß es im ganzen auf 84% kommt.

Eine bedeutende Rolle spielen persönliche Motive. 78,6% (1949) und 70% (1964) gaben als Motiv an, daß der Glaube sie von moralischen Schwierigkeiten befreie oder (67% — 54,8%) in ihnen eine Unruhe befriedige. Beinahe die Hälfte (48% — 44,8%) führte auch als Motiv an, daß der Glaube der Vernunft entspreche. Ein geringerer Prozentsatz der Befragten berief sich auf seelische Erlebnisse (45,1% — 28,9%).

An sozialen Motiven wurden von einem Viertel bis zu einem Drittel die Atmosphäre der Schule, der Familie oder allgemein der Umwelt oder die Begegnungen mit einzelnen Menschen genannt. Mehrere gaben Begründungen, die mehr auf einen allgemeinen Theismus als auf christlichen Glauben hinweisen. Sie betonten zumeist, daß die Form des jeweiligen religiösen Glaubens vom jeweiligen kulturellen Milieu abhängt.

Glaubenszweifel

Die Frage, ob sie ernstliche Glaubenszweifel gegenüber verpflichtenden Wahrheiten gehabt hätten, beantworteten 61,8% mit Ja. 1949 waren es nur 47%. Dieser Unterschied ist ohne Zweifel beachtlich. Er zeigt, daß die Zahl der jungen Menschen, die ihres Glaubens nicht absolut sicher sind, stark im Zunehmen begriffen ist. Dieser Unterschied wird durch die Exaktheit bzw. die Irrtümer in der Antwort auf die Fragen nach Wesen und Gegenständen des Glaubens nicht wesentlich beeinflusst. Auch bei denen, die darauf korrekt geantwortet haben, beträgt der Anteil der Zweifler 58% gegen 66,7% bei den anderen. Noch höher, nämlich bei 71,6%, liegt er bei denen, die auf die Frage nach dem Wesen des Glaubens keine Antwort gegeben haben. Unter denen, die auf die Frage nach der Ewigkeit der Hölle nicht geantwortet haben, steigt der Prozentsatz der Zweifelnden auf 76,4%. Doch sind es der absoluten Zahl nach nur wenige. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß diejenigen, die gezögert haben, zu einem Lehrpunkt ihre Meinung kundzugeben, in höherem Maße anfällig für Zweifel sind.

Beachtlich ist der Einfluß der religiösen Praxis der Eltern auf die Glaubenssicherheit ihrer Kinder. Wo der Vater den Glauben regelmäßig praktizierte, betrug der Teil der Söhne, die angaben, daß sie ernste Zweifel gehabt hätten, 58,2%; wo der Vater nur gelegentlich praktizierte, dagegen 71,7%; wo er gar nicht praktizierte, 76%. Die entsprechenden Zahlen mit Bezug auf die Mutter lauteten 60,1% — 68,3% — 76,2%. Der Einfluß der elterlichen Glaubenspraxis ist auch durch Studien in den Vereinigten Staaten und in Frankreich bestätigt worden. Er ist übrigens auch nicht verwunderlich. Andererseits bestätigen zum Vergleich herangezogene Untersuchungen aus Frankreich und Belgien, daß das Beispiel des Verhaltens der Eltern in jedem Falle einen recht weiten Spielraum für andere Einflüsse übrigläßt. Auch da, wo beide Eltern regelmäßig praktizierten, bekannte sich etwa die Hälfte, in einem Falle 47,3%, im andern 57,5%, dazu, daß sie Zweifel gehabt hätten, und umgekehrt gab es unter den Kindern nicht-praktizierender Eltern eine Minderheit von 20—25%, die keine Zweifel an der Wahrheit des Glaubens erfahren hat. Auch die Schulart übt nur einen relativen Einfluß in dieser Sache aus. Während der Prozentsatz der Zweifler am humanistischen Gymnasium 56,7% betrug, waren es in den Schulen anderer Art 66 bis 71,9%. Es blieb jedoch unaufgeklärt, ob diese Differenz auf die Schulart allein zurückzuführen ist oder ob nicht vielmehr die Tatsache entscheidend dazu beiträgt,

daß die Schüler der humanistischen Gymnasien überwiegend aus einem andern Milieu des Elternhauses herkommen als die Schüler der realen Bildungszweige.

Auch in bezug auf die einzelnen Klassen der Oberstufe sind gewisse Unterschiede festzustellen. Der Prozentsatz der Zweifler beträgt in der untersten der drei Klassen 57%, steigt dann auf 68%, um in der höchsten Klasse wieder auf 63% zurückzufallen. Die Vermutung liegt nahe, daß das Lebens- und Reifealter der ausschlaggebende Faktor für diese Kurve ist. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß sie sich immer oberhalb der Fünfzig-Prozent-Grenze bewegt.

Gründe der Glaubensgewißheit

Denjenigen Schülern, die sich als von Zweifeln unberührt bezeichneten, wurde eine Reihe von Fragen vorgelegt, die ermitteln sollten, welches die Gründe ihrer Glaubensgewißheit sind. Eine Mehrheit von 61,6% (1949) und 59,8% (1964) sprach aus, ihre Fragen seien immer überzeugend beantwortet worden, so daß es zu keinem Zweifel kam. 49,7% — 46,8% bekannten ihre Dankbarkeit gegen Gott, daß er sie vor allem Zweifeln bewahrt habe. 45% — 40,7% führten ihre Glaubensgewißheit auf den Einfluß von Büchern zurück. Stark gefallen ist der Prozentsatz derer, die ein glückliches Leben unter den Augen Gottes und ihrer Eltern als Ursache ihres sicheren Glaubens bezeichnen, 1949 waren es 54%, 1964 sind es nur mehr 30,5%. Die Zahl derer, die angaben, daß sie um ihren Glauben innere Kämpfe durchstehen müssen, hat sich von 23,7% auf 29,8% erhöht. Ebenso ist die Zahl derjenigen, die sich niemals Glaubensfragen gestellt haben, von 21% auf 27,6% gestiegen. 12% — 13,9% geben als Grund dafür religiöse Interesselosigkeit an. Unter den Büchern, denen die Schüler die Erhaltung ihres Glaubens zu verdanken glauben, stehen die Evangelien an der Spitze. Heiligenbiographien spielen eine erhebliche Rolle.

Bezweifelte Glaubenswahrheiten

Es nimmt nicht wunder, daß unter den bezweifelten Glaubenswahrheiten diejenigen an der Spitze stehen, die die menschliche Existenz am nachhaltigsten berühren, die Wahrheiten über das, was nach dem Tode kommt. 60,5% der Zweifel beziehen sich auf diese Letzten Dinge. Dann folgen in erheblichem Abstand die Probleme der Freiheit, der Existenz und der Güte Gottes, der Religion im allgemeinen, der Eucharistie und der Bibel, der Kirche und des Papsttums. Nennenswerte Unterschiede in den Ergebnissen von 1949 und 1964 sind nicht wahrzunehmen. Ein größerer Teil hat zu den Antworten dieses Abschnitts persönliche Bemerkungen hinzugefügt. Mehrere von ihnen kehren mit betonter Häufigkeit wieder, unter ihnen in verschiedenen Abwandlungen die Frage: Ist unsere Religion wirklich die einzig wahre? Was ist besser, der Katholizismus oder der Protestantismus? Mehrere stimmen überein mit dem, der schreibt: „Ich glaube an die Existenz eines höchstens Wesens. Aber nichts sagt mir, daß es sich dabei um den Gott der Christen handelt.“ In unerwarteter Monotonie wiederholt sich die Klage über die Verpflichtung zum Besuch der Messe am Werktag in den katholischen Gymnasien. Das erzeugt nach diesen Angaben auf die Dauer einen Widerwillen gegen die Religion. Spezielle Einwände werden auch gegen die Ewigkeitsdauer der Hölle und gegen den Zölibat erhoben. Auch die Sexualmoral der Kirche stößt auf Bedenken und Zweifel. Eine beträchtliche Zahl von Schülern scheint zu einer Religion ohne Kirche zu neigen.

Was das Alter angeht, so wird dieses durch den Kreis, an den sich die Enquete richtete, ungefähr bestimmt. Die Schüler zeigten die Neigung, den Beginn ihrer skeptischen Lebensperiode um zwei Jahre zurückzudatieren. Wenn man dem Glauben schenkt, fällt er in das Alter von 14 bis 16 Jahren. Unterhalb von 13 Jahren sind Zweifel sehr selten, wenn sie auch nicht vollständig fehlen. Im allgemeinen ist der Zweifel die Begleiterscheinung der Pubertät.

Ursachen der Zweifel . . .

Junge Menschen von 16—18 Jahren werden kaum ein sicheres Urteil über die wirklichen Ursachen ihrer Glaubenskrise besitzen. So konnte die Enquete nicht mehr bieten als das vermutlich subjektiv aufrichtige Geständnis von dem, was den Schülern bewußtseinsmäßig als Ursache erscheint.

Die meisten, nämlich 42,2% gegen 27,8% im Jahre 1949, berufen sich auf Fehler und Mängel der Kirche als Ursachen ihrer Malaise. An zweiter Stelle folgt mit 29,2% das Gefühl der Irrealität der Glaubenswirklichkeit, knapp danach kommen mit 29% die sexuellen Schwierigkeiten. Dann erst folgt mit 27,5% der Wille zur Unabhängigkeit, der 1949 noch mit 31,8% im Spiel war. 27% gegen 13,2% im Jahre 1949 machen einen Freund für ihre Zweifel verantwortlich. 20,4%, gegenüber 1949 unverändert, sehen die Ursache im Überdruß an religiösen Dingen. Bücher spielten in 12% der Fälle eine Rolle. Der Einfluß der Buchliteratur spielt aber durchweg eine größere Rolle bei der Festigung des Glaubens als bei der Erregung von Zweifeln.

In diesem Abschnitt des Fragebogens wurden zahlreiche persönliche Bemerkungen vorgebracht. Sie bezogen sich auf eine ganze Reihe von Themen. Als Ursache der Zweifel wurde in vielen Fällen das eigene Nachdenken genannt, wobei sich manche methodisch auf den Standpunkt eines Ungläubigen stellten. Ein großer Stein des Anstoßes ist für viele das Verhalten der Gläubigen und besonders der Priester. Die Schüler nahmen besonders ihre Professoren aufs Korn. Deren Lebensweise erschien ihnen zu bürgerlich, und der Zwang, den sie ausübten, um die Schüler auch an Werktagen zum Besuch der Messe zu veranlassen, wurde als unerträglich empfunden. Er führte zu Glaubenszweifeln, die aber bisweilen, wie einer ausführte, mehr den Charakter einer revolutionären Opposition hatten. Die Häufigkeit der Zweifel an der Kirche wegen ihrer Mängel und Fehler deutet darauf hin, daß die Kirche weniger auf Grund ihrer Lehre als auf Grund ihrer Wirksamkeit unter den Gläubigen beurteilt wurde.

. . . und deren Überwindung

In einer Liste von Fragen sind Mittel zusammengestellt, um über die Zweifel hinwegzukommen, ein negatives und vier positive. Einen schlechten Weg zur Beseitigung ihrer Zweifel beschritten die 6,6% der befragten Schüler, 1949 waren es 5%, die ihre Glaubenschwierigkeiten durch die Hingabe an Unterhaltung, Kino, Tanz usw. beseitigten. Das ist ein erfreulich geringer Prozentsatz. 47,6% (1949 57,3%) erklärten, daß sie durch klare Antworten überzeugt worden seien. 41,5% haben die Lösung ihrer Zweifel im Gebet gefunden und 24,7% in einer aufrichtigen Beichte. 37,1% haben sich in Besprechungen Rat geholt, und 31,7% haben ihre Zweifel mit der Hilfe von Lektüre überwunden. Das sind erheblich weniger als im Jahre 1949. Man kann nicht umhin, festzustellen, daß eine steigende Zahl von Schülern sich an ihre Skepsis ge-

wöhnt hat und sich keine besondere Mühe gibt, darüber hinwegzukommen.

Glaubensgewißheit und religiöse Praxis

Ungeachtet ihrer Zweifel im einzelnen bekannten 18,1% der Befragten, daß sie ihres Glaubens völlig sicher seien; 45,5% bezeichneten ihre Situation als ziemlich sicher; 22,6% gaben an, daß sie schwanken, 8,5%, daß sie sehr stark schwanken, und 3,2% nannten sich ungläubig. 2,1% gaben keine Antwort. In dieser Frage ergeben sich weder aus dem Alter noch aus der Bildungsrichtung noch aus der geographischen Herkunft wesentliche und charakteristische Unterschiede.

Die religiöse Praxis ist sehr schwer zu messen. Der verhältnismäßig sicherste Maßstab ist der ungezwungene Besuch der Sonntagsmesse. Während der Ferien außerhalb des Elternhauses auf sich selbst gestellt, gaben 70,6% an, daß sie die Sonntagsmesse regelmäßig besucht hätten. 18% versäumten sie freiwillig, 9,1% zuweilen. Aus diesem Verhalten lassen sich Schlüsse auf die Zukunft ziehen. Die Frage lautete: Wie werden Sie sich verhalten, wenn Sie ganz frei sind? Darauf antworteten 67,3% der Schüler, daß sie regelmäßig praktizieren werden, 15% wollen es gelegentlich tun, 5,8% gar nicht mehr. 11,9% gaben keine Antwort.

Im ganzen betrachtet, ergibt die Enquete zwei generelle Schlußfolgerungen: Es besteht eine Kongruenz zwischen der Gläubigkeit und der religiösen Praxis und zwischen der Glaubenstreue der Eltern und der Kinder. Diese Übereinstimmungen scheinen trotz der lückenhaften Daten durchaus gesichert zu sein.

Ein katholischer Jugendkongreß in Spanien — und Schwierigkeiten mit der Zensur

Auf Einladung der Jugendverbände der Katholischen Aktion versammelten sich vom 26. bis 29. Juni 1965 in Madrid fast 2500 Jungen und Mädchen aus allen Provinzen, allen Alters-

stufen, allen sozialen Schichten zu einem nationalen spanischen Jugendkongreß, dem ersten seiner Art seit mehreren Jahrzehnten.

Das Gesamtthema hieß: „Die aktive Beteiligung der Jugend in der heutigen Gesellschaft.“ Es handelte sich also nicht um ein eigentlich kirchliches Thema, ja nicht einmal im engeren Sinn um eine kirchliche Veranstaltung. Es ging den Initiatoren offensichtlich darum, diesen Rahmen zu überschreiten und in den öffentlichen Raum hineinzuwirken. In einem Staat, in dem es keine gegliederte freie Gesellschaft gibt, ist ein solches Vorhaben freilich schwierig und gefährlich; aus diesem Grund mußte die Kirche die gesamte Organisation besorgen und die Veranstaltung mit ihrer vollen Autorität politisch absichern. Der Kongreß stand unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Madrid, Morcillo González. Neun weitere Bischöfe nahmen daran teil. Die vier spanischen Kardinäle und die nichtanwesenden Bischöfe hatten Grußtelegramme geschickt. Anwesend waren weiter die führenden Vorstandsmitglieder der internationalen katholischen Jugendorganisationen. Der Papst sandte durch Kardinal Cicognani ein betont herzlich gehaltenes Grußtelegramm und delegierte Msgr. Sotero Sanz vom vatikanischen Staatssekretariat.

Das Treffen war ungewöhnlich sorgfältig vorbereitet worden. Die katholischen Jugendverbände hatten im Laufe des Jahres 40 000 Fragebogen verschickt, um die Meinungen und Interessen der jungen Generation zu

erforschen, und in zahlreichen Diözesen vorbereitende Tagungen durchgeführt. Kardinal Bueno y Monreal, Erzbischof von Sevilla, erließ kurz vor dem Madrider Kongreß einen Hirtenbrief zur Jugendfrage. Die Delegationen des Kongresses, durch die Diözesen ausgewählt, sollten einen repräsentativen Querschnitt der spanischen Jugend ergeben. Sie versammelten sich in 39 Arbeitsgruppen mit mehr als 200 Unterkommissionen.

Das Hauptergebnis dieser Arbeit, bei der auch die vorausgegangenen Fragebogen ausgewertet wurden, waren ausführliche Beschlüsse zu den Themenkreisen Gesellschaftliches Leben, Arbeit, Erziehung, Militärdienst, Auswanderung, Familie, Freizeit, Religiöses Leben. In allen Fällen wurde an die Gesellschaft, den Staat, die jeweiligen Organisationen, die Erwachsenen, die Jugendlichen selbst und an die Kirche mit konkreten Forderungen appelliert.

Forderungen an die Kirche

Von der Kirche wurde unter anderem gefordert:

- den Dualismus zwischen Religion und Leben zu vermeiden;
- so schnell wie möglich eine Theologie der irdischen Realitäten zu entwickeln;
- ihre Pastoral an die neuen Bedürfnisse jeder historischen Situation anzupassen;
- in ihren Schulen gleiche Bildungschancen für alle zu erreichen;
- ihre Soziallehre zu konkreten Problemen und Ereignissen der sozialen Ungerechtigkeit und der Misere des Volkes zu verkünden;
- zuständige und in der Katholischen Aktion erfahrene Seelsorger zu den ausländischen Gastarbeitern zu entsenden und eine Aufklärungskampagne über die Folgen der Auswanderung durchzuführen;
- eine Mystik des Braut- und Ehestandes zu entwickeln;
- im Freizeitmilieu der Jugendlichen präsent zu werden;
- die Katechese nach Inhalt und Methode auf neuen Stand zu bringen;
- ihre Predigten gleichzeitig am Worte Gottes, am konkreten Leben und am religiösen Bildungsstand der Zuhörerschaft auszurichten;
- ihre Priester gemäß den Strömungen der religiösen Erneuerung und mit einer echten Kenntnis von Laienspiritualität auszubilden;
- sich den konkreten Problemen der Jugend zu widmen und wirklich kompetente Priester mit der Jugendseelsorge zu betrauen;
- ein kollektives Zeugnis der Armut zu geben.

Staatliche Presse — kirchliche Presse

Nicht weniger konkret und sachgerecht, aber noch umfangreicher waren die Forderungen an den Staat. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß die allgemeine Presse diese Beschlüsse nicht veröffentlichen durfte und das Ereignis des Kongresses totschweigen mußte. Lediglich die führende katholische Tageszeitung „Ya“ brachte am 4. Juli, vier Tage nach dem Ende des Treffens, einen zusammenfassenden Leitartikel.

„Ecclesia“, die offizielle Wochenzeitschrift der Katholischen Aktion (die als einziges aktuelles Blatt in Spanien nicht der staatlichen Zensur, sondern nur der kirchlichen unterliegt), brachte die Beschlüsse im vollen Wortlaut und widmete ihnen einen ausführlichen Leitartikel (10. 7. 65), in dem es heißt:

„Das Madrider Treffen zieht Konsequenzen von großer Tragweite nach sich, die zu ignorieren kurzfristig wäre . . . Es handelt sich um einen machtvollen Akt der Präsenz von seiten des interessantesten und vielleicht unbekanntesten Teils unserer Gesellschaft . . . Sie sind überzeugt von ihrer Eigengesetzlichkeit als neue Generation und von ihrer historischen Eigenverantwortung. Hören wir nun damit auf, diese Haltung in offensichtlicher Schwarzweißmalerei moralisch zu bewerten! Geben wir vielmehr ohne Umschweife zu (freilich auch ohne Schmeicheleien, die ihnen doch nicht imponieren), daß die Jungen und Mädchen, die am Jugendkongreß teilgenommen haben, und die von ihnen Repräsentierten einen hoffnungsvollen Eindruck von Verantwortungsbewußtsein gegeben haben . . . Sie haben sich selbst vor der Gesellschaft und vor der Kirche definiert — in Verlautbarungen, die deshalb nicht weniger bedeutsam sind, weil sie so vielfältig und anspruchsvoll sind.“

Ein Exemplar der Beschlüsse wurde durch eine Delegation des Kongresses dem Kardinalprimas in Toledo überbracht. Der in Santiago de Compostela zu Exerzitien versammelten Konferenz der spanischen Bischöfe berichtete der Madrider Erzbischof. Der Episkopat gab daraufhin öffentlich seine Befriedigung über den Ablauf des Kongresses bekannt, lobte die Initiatoren und bestätigte die Kenntnisnahme der Beschlüsse. Die Zentralkommission des Kongresses wird in einer Broschüre, die bis September fertiggestellt sein soll, diese Beschlüsse zusammen mit detaillierteren Arbeitsergebnissen der einzelnen Kommissionen veröffentlichen.

Forderungen an den Staat zensuriert

Die Berichtsnummer von „Signo“ (3. Juli), der Wochenzeitung der Katholischen Jugend Spaniens, erschien mit zweiwöchiger Verspätung. Ihr lag ein hektographiertes Blatt als „Anmerkung der Redaktion“ bei, in der den Lesern mitgeteilt wird, diese Verzögerung sei durch die Vorzensur der Generaldirektion der Presse verschuldet worden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß bei den im Inneren des Blattes veröffentlichten Beschlüssen eine Reihe von Formulierungen durch die staatlichen Zensoren gestrichen worden sind. Bei den im einzelnen genannten Streichungen handelt es sich um folgende Forderungen an den Staat (die in der Veröffentlichung der „Ecclesia“ ungekürzt enthalten sind):

- Demokratisierung der bürgerlichen Organisationen und Information über deren verschiedene Aspekte;
- gleiche Behandlung der Jugendorganisationen, Erleichterung und Förderung ihrer Gründung ohne bürokratische Mätzchen, Gestaltung durch und für die Jugendlichen;
- Beschränkung des Militärdienstes auf 12 Monate unter Gleichstellung aller Armeeteile und aller Dienstpflichtigen;
- Ausrichtung der Armeeseelsorge auf die Nichtberufssoldaten und ihre geistlichen Bedürfnisse, mit den nötigen Mitteln für eine freundschaftliche und priesterliche Behandlung.

Es kommt häufig vor, daß Veröffentlichungen in der spanischen Presse von der staatlichen Zensur beanstandet und gestrichen werden (z. B. wurde im März dieses Jahres schon einmal eine Nummer des „Signo“ verboten); aber es ist wohl das erste Mal, daß ein Blatt dies seinen Lesern in dieser Form bekanntgibt und die gestrichenen Formulierungen unter Umgehung der Zensur „nachliefert“.

Aus Lateinamerika

Die Krise in Santo Domingo

In unserem letzten Bericht über die Dominikanische Republik (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 353 ff.) nannten wir die Schlüsselfigur zu allen Zuständen und Ereignissen in diesem Lande den Diktator Trujillo — er ist es geblieben, obwohl er am letzten Tage des Monats, in dem unser Bericht erschien, am 31. Mai 1961, von politischen Gegnern ermordet und sein Regime beseitigt worden war. Unter seinen Mördern will sich übrigens auch Antonio Imbert Barreras, der jetzige Chef der Militärjunta oder der „Regierung des nationalen Wiederaufbaus“, wie sie sich selbst bezeichnet, befunden haben.

Das Erbe Trujillos

Die über dreißigjährige Allein- oder Familienherrschaft wäre ohne die politische Unreife des seit 1844 nominell unabhängigen dominikanischen Volkes nicht möglich geworden, wie sie andererseits auch Hauptursache der nachfolgenden politischen Zerrüttung und Handlungsunfähigkeit ist, aus der die jetzigen Zustände geboren wurden. Immerhin erwies sich das Volk als hinreichend regenerationsfähig, um nach einigen wechselnden, auf die Armee gestützten Zwischenherrschaften in anerkanntermaßen freien und demokratischen Wahlen Ende 1962 in der Person von Juan Bosch einen Präsidenten mit der Reorganisation und Regierung des Landes zu betrauen, der kraft seiner Persönlichkeit, seiner Bildung und seiner Beziehungen eine günstige Entwicklung zu verheißen schien. Auf freilich zivile und friedliche Weise war durch seine Wahl allerdings auch damals die Präsenz der Vereinigten Staaten auf Santo Domingo garantiert, insofern der neue Präsident seinem Typ, seinen An- und Absichten nach der damaligen Regierung John F. Kennedys durchaus genehm war. Sein soziales und politisches Reformprogramm erwies sich indessen als undurchführbar; unter dem Vorwand, einer drohenden kommunistischen Revolution von oben zuvorkommen zu müssen, wurde Juan Bosch nach sechs Monaten durch eine Militärclique hinweggefegt, die ihre Privilegien aus der Trujillozeit gefährdet sah. Das Land verfiel in eine nur mühsam verhüllte Anarchie mit häufig wechselnder, aber im Grunde gleichbleibender Cliquenherrschaft an der Spitze.

Das Eingreifen der USA

Der Aufstand, der am 24. April 1965 unter dem jungen Obersten Caamaño begann, kann als erster und ernster Versuch gedeutet werden, den Staat wieder auf tragfähige Grundlagen zu stellen, mag auch das ursprüngliche Verlangen, die Verfassung von 1963 aus der Zeit von Juan Bosch unverändert wiederherzustellen, sowohl von Mangel an Phantasie wie an gesundem Realismus zeugen. Die Rebellion der „Konstitutionalisten“, die wohl mit einer breiten, aber unartikulierten Anhängerschaft im Lande rechnen durfte, konnte indessen nicht im Handstreich siegen und wäre wohl der Übermacht der „regierungstreu“ gebliebenen Armee, Marine und Luftwaffe erlegen, wenn nicht die USA-Truppen auf dem Schauplatz erschienen wären, von denen man sagen muß: Sie sind zu früh gekommen, um nicht zu spät zu kommen. Die Hoffnung der Nordamerikaner, der Aufstand Caamaños, den sie — zu Recht oder zu Unrecht — kommunistisch unterwandert und gesteuert glaubten, möge zusammenbrechen, hätte sich ironischerweise ohne ihr Eingreifen

wahrscheinlich von selbst erfüllt. Jetzt waren sie im Lande, zunächst in kleiner Zahl, um ihre gefährdeten Staatsangehörigen und andere Ausländer zu schützen und zu evakuieren, bald aber in massiver Menge und voller Kriegsausrüstung, um einen Cordon sanitaire zwischen die beiden streitenden Parteien zu ziehen. So wurde noch größeres Blutvergießen verhindert und ein prekärer Waffenstillstand erzielt — erfreuliche Erfolge mit weitreichenden und sehr unbequemen Folgen. Denn erstens blieben die Stellungen der um die Regierungsmacht im Lande kämpfenden Gegner unerschüttert und gewissermaßen „eingefroren“, und zweitens nahm der Konflikt internationale Ausmaße an, deren Wirkungen noch immer nicht abzusehen sind.

Weltpolitische Verwicklungen

Bei der bekannten Empfindlichkeit der lateinamerikanischen Regierungen gegenüber jeder Intervention ausländischer Mächte — und vor allem der USA — in ihren politischen Bereichen sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, ihr militärisches Eingreifen in Santo Domingo nicht nur vor dem Forum der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu rechtfertigen, sondern sogar zu erreichen, daß diese Organisation selbst die Verantwortung für die Intervention übernehme. Das gelang zwar in dem konkreten Fall, vor allem unter dem Hinweis auf die drohende Gefahr eines neuen „Kuba“ im Karibischen Meer, belastete aber die ohnehin schon schwache Organisation so stark, daß ihre Zukunft ernsthaft in Frage gestellt scheint. So ist die schon zweimal geplante und immer wieder verschobene Tagung aller Außenminister der Mitgliedsstaaten schließlich auf ein unbestimmtes Datum innerhalb des laufenden Jahres verschoben worden. Einmal haben die Regierungen mancher lateinamerikanischer Staaten angesichts ihrer Kapitulation vor dem Prävenire der USA mit innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen, zum anderen ist ihr Engagement in Santo Domingo bislang so wenig erfolgreich gewesen, daß daraus keine Begeisterung für die Aufstellung einer interamerikanischen „Feuerwehr“ als Dauereinrichtung für Notfälle abzuleiten ist, und schließlich sind inzwischen auch die Vereinten Nationen auf dem Plan erschienen, um ihre Rechte und Pflichten zur Wiederherstellung des Friedens wahrzunehmen. Unzufrieden mit der von der OAS endossierten militärischen Intervention der Vereinigten Staaten, hatten sich beide Bürgerkriegsparteien an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewandt, in dem nun der US-amerikanisch-sowjetische Gegensatz wiederum Gelegenheit fand, aufeinanderzustoßen, zumal es hier um eine Grundsatzfrage ging: Ist in einer friedensbedrohenden Situation eine regionale Organisation (in diesem Fall die OAS) oder aber der Sicherheitsrat der UN zuständig? Frankreich, das sich beeilt hatte, die Regierung des Obersten Caamaño anzuerkennen, leistet im Sicherheitsrat den Sowjets Schützenhilfe, und so sind an der dominikanischen Frage die Weltgegensätze erneut zutage getreten. Einigkeit herrscht bei allen Vermittlern, mögen sie als Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten, der Organisation der Amerikanischen Staaten oder des Weltsicherheitsrates in Santo Domingo auftreten, nur über das vorläufige Ziel: den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten, bis eine für beide Parteien annehmbare provisorische Regierung gebildet ist, die ihrerseits Neuwahlen für eine Verfassunggebende Nationalversammlung vorzubereiten

hätte. Trotz grundsätzlicher Bereitschaft der beiden „Regierungen“ von Santo Domingo ist es jedoch bis zur Stunde noch nicht zur Einigung über diese Regierungsbildung gekommen.

Kirchliche Vermittlungsaktion

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Kirche und ihre inoffizielle Vermittlertätigkeit bemerkenswert. Dabei ist zunächst zu sagen, daß die Initiative zu einem Eingreifen der Kirche nicht bei dem dominikanischen Episkopat, sondern beim Vatikan und seinem Nuntius, Erzbischof Emanuele Clarizio, lag. Das ist begreiflich angesichts der Strukturschwäche der Kirche in Santo Domingo, deren Klerus zum größten Teil aus Ausländern (vor allem Spaniern) besteht und deren Bischöfe noch aus der Zeit der Trujillo-Diktatur wissen, wie gefährlich es ist, sich durch Zustimmung oder Ablehnung oder selbst durch Schweigen politisch zu kompromittieren. Es steht fest, daß der amerikanische Botschafter gleich zu Beginn der Krise den Päpstlichen Nuntius um Vermittlung gebeten und daß dieser auch sogleich Fühlung mit beiden Parteien genommen hat. In einem Telegramm an den Apostolischen Nuntius vom 17. Mai appellierte der Papst selbst an das dominikanische Volk, „entschlossen und mit allen Mitteln die Eintracht und innere Zusammenarbeit wiederherzustellen, damit Ordnung, Friede und brüderliches Übereinkommen endlich herbeigeführt werden können“. Schließlich wandte sich der Erzbischof von Santo Domingo, Msgr. Octavio Beras, zusammen mit den vier übrigen Bischöfen der Insel mit einer kurzen Botschaft an das Volk. Beide Parteien werden aufgerufen, eine provisorische Regierung zu bilden, die von „patriotischen Bürgern geführt und von Männern des guten Willens beider Seiten unterstützt“ werden soll. Besonders wichtig ist folgender Satz: „Diejenigen, die der Auffassung sind, daß sie die Regierung des Landes in ihren Händen haben, sollten das Opfer bringen, auf einen Teil ihrer Rechte zu verzichten“ — wichtig deshalb, weil hier beide Regierungen, die Junta des Generals Imbert und das Kabinett des Obersten Caamaño, angesprochen werden und damit von den Bischöfen implizite bestätigt wird, daß Caamaño kein „kommunistischer Rebell“ ist, als der er zur Rechtfertigung der militärischen Intervention ausgegeben worden war. Damit haben die Bischöfe, sicher nicht in zufälliger Übereinstimmung, das genau gleiche Heilmittel empfohlen, das auch alle anderen vermittelnden Instanzen für angebracht halten.

Eine Botschaft des Papstes

Im Juni weilte Erzbischof Clarizio in Rom, um dem Papst über die Lage in Santo Domingo zu berichten. Von dort kehrte er mit einer dringlichen Botschaft Pauls VI. an das dominikanische Volk, datiert vom 17. Juni, auf seinen Posten zurück. Die Botschaft hat, mit leichten Kürzungen, folgenden Wortlaut:

„Wir vertrauen diese Unsere väterliche Botschaft Unserem Repräsentanten, Msgr. Emanuele Clarizio, an, der in euer geliebtes Land zurückkehrt. Wir haben von ihm persönlich von euren Ängsten, euren Sorgen, euren Befürchtungen für die Zukunft, die noch ungewiß und voller Schwierigkeiten ist, gehört. Wir sagen euch aufrichtig, daß Wir Uns diesen schmerzlichen Zustand der Ungewißheit zu eigen gemacht haben, daß Wir euch mit Unserem Herzen als Vater aller sehr nahe sind und daß Wir wünschen, ihr mögt Unseren Worten Grund zu neuer

Hoffnung und zu großem Vertrauen entnehmen, damit ihr gemeinsam das Stück Weges geht, das euch noch von der vollkommenen inneren Befriedung trennt.

Im Namen Gottes mahnen Wir euch lebhaft und nachdrücklich, nicht nur einen Waffenstillstand zu schließen, sondern den Kampf, der euch untereinander zu Feinden macht, zu beenden. Ihr seid Brüder, Bürger des gleichen Landes, seid ein Volk, das nur in der Eintracht und im Frieden seine Ehre, seine Freiheit und seinen Wohlstand finden kann. Der brudermörderische Haß möge aufhören, der Krieg zwischen Söhnen ein und desselben Landes möge enden. Niemand wage es mehr, das Blut seiner Mitbürger zu vergießen. Kehrt alle zur friedlichen Arbeit am Wiederaufbau eures Landes zurück, und müht euch um die rechte Anwendung jener gesunden Sozialreformen, die von allen Seiten gewünscht und versprochen werden, deren Notwendigkeit allseits anerkannt wird, und die bislang nicht verwirklicht werden konnten, weil die unabdingbaren Voraussetzungen, das heißt die innere Ruhe und die Kontinuität in der öffentlichen Verwaltung, fehlten.

Seid sicher, daß die Kirche bereit ist, spontan und ohne irgendwelche menschlichen Absichten ihre großherzige Mitarbeit und Unterstützung anzubieten. Sie ist Vorkämpferin der sozialen Gerechtigkeit. Sie wünscht und fördert wahren sozialen Fortschritt. Sie will, daß alle Bürger unterschiedslos in menschenwürdiger Weise leben können, daß sie genügend zu essen haben, eine familien-gerechte Wohnung, ein dem Unterhalt der Kinder entsprechendes Einkommen, Erziehung für alle nach einem geordneten System freier Einrichtungen für die Jugendausbildung.

Die Kirche, die mit ehrwürdigen Oberhirten, euren Bischöfen, und eifrigen Priestern mitten unter euch ist, will unter euch lebendig und wirksam sein und wünscht dem Volk mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Sie gibt lieber, als daß sie empfängt. Sie drängt nicht auf Beiträge, sondern nimmt lieber das an, was ihr spontan angeboten wird, dies auch deshalb, weil sie weiß, daß sie auf das Verständnis und die Großzügigkeit ihrer Kinder rechnen kann zum Unterhalt und zur Erweiterung ihrer Einrichtungen, die einzig dem Wohl des Volkes und der gesamten dominikanischen Nation dienen. Ihr wißt, daß ihr Gott ehrt, wenn ihr eurem Bruder helft, der in Not ist.

Mit Freuden haben Wir vernommen, daß der Episkopat, der Klerus und die Laien der Katholischen Aktion sowie die Teilnehmer an den ‚Cursillos de Cristiandad‘ die Möglichkeiten prüfen, wie sie zur Überwindung der gegenwärtigen Krise beitragen können. Wir wissen, daß ihr in den letzten Jahren hochverdiente soziale Einrichtungen ins Leben gerufen habt, die sich an der Soziallehre der Kirche inspirieren... Von ganzem Herzen segnen Wir die Studien, die mit Hingabe und großem Ernst zu diesem Zweck auch an der neuen und vielversprechenden katholischen Universität von Santiago de los Caballeros durchgeführt werden, die den Titel der großen Sozialenzyklika unseres Vorgängers, des Papstes Johannes XXIII., *Mater et magistra* trägt.

Seid gewiß und überzeugt auch die Zweifelnden, daß die Kirche mit großem Verständnis für eure Lage ihre Dienste anbieten will, um euch den Weg für eine friedliche Lösung in Christus zu zeigen, indem ihr euch fernhaltet von dem verführerischen Glanz falscher und zersetzender Lehren. Seid eingedenk eurer Vorfahren: In ihrem Na-

men und mit der Hilfe und dem Segen Gottes kehrt zurück zum brüderlichen Gespräch, überwindet die trennenden Hindernisse, und geht wieder an eure Arbeit auf den Feldern und in der Industrie.

Wir vertrauen darauf, ja Wir sind sicher, daß ihr ein Zeugnis echter Disziplin und wahrer Vaterlandsliebe geben werdet und euch alle entschieden der friedlichen Erneuerung der gesamten Nation widmet. Bedenkt jedoch, daß dies nur durch die einmütige Anstrengung aller möglich ist, in vollkommener Eintracht in den Absichten und Zielen von Bürgern, Priestern und Bischöfen, die Gott zur Leitung der Kirche bestellt hat.“

Ausweitung der Krise?

Der Papst gedenkt auch der internationalen mariologischen und marianischen Kongresse, die im März dieses Jahres mit großer Beteiligung in Santo Domingo stattgefunden haben; dabei ist es nicht uninteressant, zu bemerken, daß man allen Teilnehmern zugesichert hatte, auf Santo Domingo herrsche völlige Ruhe und Ordnung, und daß man sich ernsthaft bemüht hatte, den Papst selbst zur Teilnahme an der Veranstaltung zu veranlassen! Noch ist nicht abzusehen, wann und in welcher Weise dieser eindringliche Appell Pauls VI. und alle die anderen Vermittlungs- und Schlichtungsversuche zum Erfolg führen werden. Indessen liegen im Lande die ohnehin schwache Industrie und der Ackerbau danieder, die Hauptstadt wird nur noch „künstlich ernährt“ durch die internationalen Militärbehörden, und der Krisenherd droht zu einer Dauervergiftung der interamerikanischen und der internationalen Beziehungen zu werden, zumal was jetzt in Santo Domingo geschieht, morgen in irgendeinem anderen Lande wiederum geschehen kann. Schon werden aus Kolumbien, Perú und Ekuador bedrohliche Vorgänge gemeldet, und wenn die westliche Welt sich nicht endlich aufrafft, großzügig die gesunden Ansätze (z. B. in Chile) zu fördern und mit einer energisch durchgeführten Neuaufgabe der „Allianz für den Fortschritt“ die Krankheiten zu heilen, dann ist die Krise von Santo Domingo ein vergebliches Warnzeichen gewesen.

Aus Afrika

Eine Konferenz über das Mönchtum in Afrika Die Zeitschrift „Rythmes du Monde“ hat eine Doppelnummer des laufenden Jahrgangs der im Mai 1964 in Bouaké, Elfenbeinküste, abgehaltenen Konferenz der monastischen Oberen in Afrika gewidmet. 38 Teilnehmer trafen dort zusammen. Nur zwei kamen aus englisch sprechenden Gebieten, nämlich aus Nigeria und Kenya, sieben kamen aus Westeuropa. Zu den übrigen 29 Vertretern französischer Sprache gehörten ein afrikanischer Priester und eine afrikanische Schwester sowie zwei afrikanische Frates. Aus den portugiesischen Gebieten war niemand gekommen. Außer P. de Maupeou, Oberer der Bruderschaft der Jungfrau der Armen in Ruanda, waren es 19 Benediktiner, 11 Benediktinerinnen, 6 Zisterzienser und 1 Zisterzienserin. Andere Orden waren nicht vertreten. Man kann die Konferenz deshalb weder kirchlich noch geographisch als ein gesamt afrikanisches Treffen bezeichnen. Sie war dennoch ein Ereignis. Zunächst hat sie die christliche Welt darüber aufgeklärt, welches großes Interesse das monastische Ideal bei den afrikanischen Christen findet. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte 1964 wurden

nicht weniger als 12 Klöster für Benediktiner, 9 für Benediktinerinnen, 7 für Zisterzienser und 3 für Zisterzienserinnen auf dem afrikanischen Kontinent gegründet. Nur in drei Klöstern befinden sich ausschließlich Europäer, nämlich in den Benediktinerklöstern in Toumliline (Algerien), in Gihindamuyaga (Ruanda) und in Kansenia (Kongo: Ostkatanga). Der Grund dafür liegt in Algerien auf der Hand. In Ruanda dürften die politischen Unruhen, die gerade begannen, als die Benediktiner eintrafen, Ursache dafür sein, daß man noch keine Afrikaner aufnehmen konnte. In Katanga hat man zwei Benediktinerklöster gegründet: eines in Kuiswishi, in dem sich ausschließlich Europäer befinden, sowie ein zweites in Kansenia, wo alle Mitglieder Afrikaner sind, mit Ausnahme des Priors, der von beiden Klöstern Oberer ist. Alle übrigen Klöster haben bereits afrikanische Mitglieder, darunter 10 Benediktinerpatres, 17 Zisterzienser und 31 Benediktinerinnen, die bereits ihr ewiges Gelübde abgelegt haben.

Wenn man Novizen und Postulanten mitzählt, gab es Ende 1964 108 europäische und 106 afrikanische Benediktiner in Afrika; bei den Benediktinerinnen war das Verhältnis 92 zu 133, 83 zu 90 bei den Zisterziensern und 14 zu 11 bei den Zisterzienserinnen.

Die Klöster in Bouaké, Elfenbeinküste, und in Koubri, Obervolta, wurden 1960 bzw. 1963 von Toumliline aus gegründet und hatten 1964 je sieben afrikanische Postulanten. Die Abtei von Peramiho in Tanganjika gründete 1956 eine Niederlassung in Hanga, wo heute acht Europäer und 56 Afrikaner, darunter zwei Priester, leben. Das Benediktinerkloster in Bela-Vista, Angola, wurde 1960 von Dueñas (Spanien) aus gegründet und zählte nach vier Jahren des Bestehens 31 Europäer und 25 Afrikaner, allerdings einschließlich 17 afrikanischer Oblaten und Präpostulanten. Von Tutzing aus wurde 1946 das Benediktinerinnenkloster in Ndanda, Tanganjika, gegründet, das 1964 nur eine Europäerin, jedoch 45 Afrikanerinnen zählte; darunter befinden sich 8 mit ewigem und 13 mit zeitlichen Gelübden.

Aus diesen Tatsachen kann man schließen, daß das Problem des einheimischen Nachwuchses für die kontemplativen Orden weit weniger brennend ist als dasjenige des Weltklerus. Die aktiven Orden haben sich im allgemeinen viel mehr für die Heranbildung des Weltklerus als für ihren eigenen Nachwuchs eingesetzt. Man darf vermuten, daß sie mehr Erfolg gehabt hätten, wenn sie umgekehrt gehandelt hätten, denn wahrscheinlich bildet die Geborgenheit in einer Klostersgemeinschaft einen guten Ersatz für die Bande, die die Priesterkandidaten mit Stamm und Sippe verbinden, so daß sie in größerer Unabhängigkeit davon ihr Ziel verfolgen können. Die Weltgeistlichen vermissen diesen Schutz der Gemeinschaft.

Die Entwicklung des Mönchtums in Afrika

Aber auch das mönchische Ideal als solches hat für Afrikaner eine große Anziehungskraft. Die Konferenz in Bouaké hat dies ebenfalls hervorgehoben. Wie gesagt, waren dort nur wenige Afrikaner anwesend, jedoch stimmten die Erfahrungen der Teilnehmer in diesem Punkt überein und wurden von den vier afrikanischen Teilnehmern wiederholt bestätigt. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, was die Kirche vom Mönchtum in Afrika erwarten darf und wie sie es dort zur Entwicklung bringen soll. Es traten dort zwei Gegensätze zutage: einmal zwischen der kirchlichen Hierarchie und

den kontemplativen Orden und zum anderen innerhalb der kontemplativen Orden selbst. Die Hierarchie befürwortete in der Person des afrikanischen Erzbischofs Gantin von Cotonou, Dahomey, eine zwar der Ordensregel angepaßte, aber doch nach außen möglichst rege apostolische, d. h. missionarische Tätigkeit, z. B. Predigt, Katechese und Sonderaufgaben wie die Seelsorge für Elitegruppen. Die Ordensvertreter hatten darüber eine andere Meinung. Sie hielten fest an der Berufung zum Gebetsleben und waren der Meinung, daß dies ihr authentisches Zeugnis inmitten der Gesellschaft sei, auch wenn gar keine Tätigkeiten nach außen hinzukämen. Die Frage, ob man unter Umständen solche Aufgaben auf sich nehmen sollte, wurde von den Ordensvertretern verschieden beantwortet. Einige wollten sie von vornherein ablehnen, andere waren zu einem Kompromiß bereit. Die Afrikaner schlossen sich vorzugsweise der ersten Meinung an: denn eben das sei es, was für Afrika das besondere und ansprechende christliche Zeugnis der kontemplativen Orden wäre, das sie unterscheidet von denjenigen, die „in Gottes Bananerie auf Erden“ arbeiten. Ein anderer verglich das Mönchskloster mit dem Heim eines „Grandseigneur“, das seine Wirkung preisgeben würde, wenn die Mönche sich auswärts betätigen würden. Diejenigen, die einen Kompromiß befürworteten, möchten die Missionsarbeit auf dasjenige beschränken, was durch gegebene Fähigkeiten der einzelnen Mönche möglich sei, und bestanden darauf, daß das Gemeinschaftsleben dadurch nicht beeinträchtigt werden sollte. Eine interessante Bemerkung wurde vom Prior des Klosters Kansenia im Kongo gemacht. Wenn man sich frage, was die Kirche vom Mönchtum in Afrika erwarten dürfe, solle man an erster Stelle erklären, was man unter Kirche verstehe. Auch die Afrikaner seien die Kirche, deshalb solle man auch sie um ihre Meinung bitten. Er könne bezeugen, daß sie gerade den Kontakt mit Gott suchen. Sein Kloster sei ein Beweis dafür, vor allem dadurch, daß Mitglieder verschiedener Stämme, die sich draußen auf Tod und Leben hassen und bekämpfen, hier friedlich zusammenleben. Eine afrikanische Schwester sprach schließlich von einem Unterschied zwischen einem Kloster in einer städtischen und einem solchen in einer ländlichen Umgebung. Im ersten Falle solle man sich voll dem kontemplativen Leben widmen, im zweiten Fall müßte man sich jedoch wegen des großen Rückstandes der Bevölkerung ihrer in besonderer Weise annehmen.

Alle Teilnehmer waren sich schließlich darin einig, daß das Mönchtum seine Lebensweise und besonders die Liturgiefeiern in afrikanischer Weise gestalten soll. Die Klöster sollen keine reiche Insel in einer armen Gegend sein. Zeit und Raum sollen ihre eigene Rolle spielen, man soll z. B. Abstand nehmen von allem, was an die vier Jahreszeiten erinnert. Die Musik, die Gebärden und Bewegungen, die Kleidung, das kirchliche Gerät usw. sollen afrikanisiert werden, evtl. solle man Volkstänze miteinbeziehen und besonders die litaneiartigen Wechselgebete, die polyphonen Gesänge und den Rhythmus der dynamischen Musik Afrikas anpassen. Auch soll man wegen der Verwandtschaft zwischen der orientalischen und der afrikanischen Ausdrucksweise orientalische Riten und Gebräuche studieren und anwenden.

Nach diesen grundlegenden Besprechungen widmeten sich die Teilnehmer volle zwei von den fünf Tagen den Fragen der Heranbildung der künftigen Mönche. Die Konferenz hat den kontemplativen Orden in Afrika damit

ein reichhaltiges Programm der Erneuerung vorgelegt, das noch viele Überlegungen und Experimente erfordert.

Aus dem Nahen Osten

Der Kurdenaufstand im Irak Das Entstehen arabischer Nationalstaaten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und in gleicher Weise die Vorstellung von einer „arabischen Nation“, deren Wohngebiet sich vom Taurus bis an den Atlantik erstreckt, ließ innerhalb dieser arabischen Staaten Minderheitenprobleme entstehen, deren Lösung für die arabischen Staaten nicht weniger schwierig zu sein scheint als etwa das sogenannte „Palästina-Problem“. Während schwache Minderheiten in den autoritär regierten arabischen Staaten stillschweigend unterdrückt oder durch Repression arabisiert werden können — so z. B. die Kopten in Ägypten —, setzen sich stärkere Minderheiten zur Wehr, im besonderen dann, wenn sie ein geschlossenes und nur schwer zugängliches Territorium besiedeln. Dies gilt besonders für die heidnischen und christlichen Stammesgruppen in den Südpfeilern des Sudans (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 454), die saiditischen Stämme im Jemen (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 578) und die Kurden im Irak.

Das Minderheitenproblem im Irak

Im Gegensatz zu allen anderen Minderheitenproblemen in arabischen Staaten, die vielleicht mit einigem guten Willen gelöst werden könnten, sind die Minderheitenprobleme im Irak innerhalb eines arabischen Nationalstaates, der zudem noch Teil eines arabischen Großstaates werden soll, unlösbar. Neben kleinen und kleinsten ethnischen und religiösen Minderheiten existieren im Irak drei große Gruppen: die schiitischen Araber, die etwa 50% der Bevölkerung ausmachen dürften, die ihrer Sprache nach Araber, ihrer Konfession nach aber Schiiten und so nach dem schiitischen Persien hin orientiert sind; die sunnitischen Araber, die etwa 30% der Bevölkerung ausmachen, und die sunnitischen Kurden mit einem Bevölkerungsanteil von ca. 20% (diese Zahlen sind nur grob geschätzt, da zuverlässige Zahlen nicht existieren). Die sunnitischen Iraker, die mit den Kurden die Konfession und mit den Schiiten die Sprache gemeinsam haben, sind zwar selber nur eine große Minderheit im Irak, bilden aber die herrschende Schicht des Staates. Kurden und Schiiten waren von jeher benachteiligte oder auch unterdrückte Gruppen. Während sich die Schiiten im allgemeinen mit einem gewissen Maß von Diskriminierung abzufinden pflegten, solange ihre religiösen Belange nicht beeinträchtigt wurden, haben die Kurden von jeher ein Mindestmaß an nationaler und kultureller Autonomie gefordert und diese Forderung immer wieder durch bewaffnete Aufstände durchzusetzen versucht.

Die annähernd genaue Zahl der Kurden ist unbekannt, denn jede irakische Regierung versuchte deren Zahl als möglichst gering darzustellen. Es wird jedoch angenommen, daß zur Zeit in der Türkei, dem Hauptsiedlungsgebiet der Kurden, ca. 2,5 Millionen, im Iran eine Million und im Irak 800 000 bis 900 000 Kurden siedeln. Allen Kurden ist die (indogermanische) kurdische Sprache gemeinsam, durch die sie sich von ihren Nachbarvölkern unterscheiden. Zudem haben die Kurden eine eigene Stammesverfassung. Ihr Siedlungsgebiet erstreckt sich von

Mossul im Irak bis nach Aserbeidschan und in den sowjetischen Kaukasus. Diese Verteilung über drei Staaten hin, die Wehrhaftigkeit der Kurden und die Unzugänglichkeit ihrer Wohngebiete sicherten ihnen von Natur aus eine gewisse Unabhängigkeit, die durch interessierte Staaten gefördert wurde, denn es genügte, die Stämme mit Waffen und Geld zu versorgen, um sie zu einem Aufstand gegen irgendeine lästige Regierung zu veranlassen. Im Laufe der Geschichte haben fast alle Großmächte, aber auch kleinere Staaten den kurdischen Drang nach Selbständigkeit gefördert.

Einen kurdischen Nationalismus im modernen Sinne gibt es in Ansätzen schon seit dem Beginn unseres Jahrhunderts (das erste kurdische Nationalkomitee wurde 1902 gegründet); der Friedensvertrag von Sèvres (1920) sah die Schaffung eines selbständigen kurdischen Staates vor, doch wurde dieser Plan durch die türkische Regierung und durch die englische Mandatsmacht im Irak zunichte gemacht. Während sich die Kurden in der Türkei relativ ruhig verhielten, nicht zuletzt wegen der früheren blutigen Unterdrückung durch die türkische Regierung, kam es dagegen in Persien, besonders aber im Irak zu zahlreichen Aufständen.

Für den Irak wurde die Kurdenfrage zu einem kaum lösbaren innen- und außenpolitischen Problem. Die Aufstände rissen zwischen 1920 und 1945 kaum ab, und jeder Kurdenaufstand erforderte den Einsatz des größten Teiles der irakischen bzw. der englischen Armee. Nach der Julirevolution 1959 ist die Situation in Kurdistan noch kritischer geworden: Die arabisch-nationalistische Politik der Marschälle Kassim und Arif kann eine autonome kurdische Provinz im Irak nicht dulden, ohne ihre eigenen Grundsätze in Frage zu stellen. Eine Integration der Kurden in einen arabischen Nationalstaat ist dagegen nur mit Gewalt möglich, welche bisher noch jeder irakischen Regierung gefehlt hat. Sofort nach der Julirevolution versuchte Kassim eine Aussöhnung mit den Kurden (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 26 f. u. S. 369 f.; 15. Jhg., S. 364 f.), sei es aus vernünftiger Einsicht, sei es, um sein Regime nicht zu gefährden, das von den Anhängern Nassers bedroht war. Die Kurden nutzten diese Situation, um ihre eigenen Positionen zu festigen, bis sie stark genug waren, um ihren Forderungen den gebührenden Nachdruck zu verleihen. So kam es im Sommer 1961 zu einem neuen Kurdenaufstand, der mittelbar zum Sturz Kassims beitrug, da dessen Armee im Kurdenaufstand zahlreiche Niederlagen erlitt. Die Regierung der Baath-Partei, durch welche Kassim am 8. Februar 1963 gestürzt wurde, schloß alsbald einen Waffenstillstand mit den Kurden, der jedoch nur von kurzer Dauer war. Obgleich die irakische Baath-Regierung auch durch Truppenteile der syrischen Armee unterstützt wurde, gelang es ihr noch weniger als der Regierung Kassim, die Kurden zu unterwerfen. Zudem hatte sich die Baath-Regierung mit der Sowjetunion überworfen, indem sie die Kommunisten aufs heftigste verfolgte, was zur Folge hatte, daß die Sowjetunion nun die kurdischen Forderungen offen unterstützte (über eine mehr als ideelle Hilfeleistung ist nichts bekannt geworden). Als Staatspräsident Arif die Baath-Regierung im November 1963 beseitigte und zugleich sein Verhältnis zur Sowjetunion verbesserte, schloß er auch mit den Kurden einen Waffenstillstand, nicht zuletzt um sein Regime zu konsolidieren. Dieser Waffenstillstand währte das ganze Jahr 1964 hindurch, wurde aber im Frühjahr dieses Jahres gebrochen.

Die Situation in Kurdistan

Die Aufstandsbewegung im irakischen Kurdistan wurde von den einzelnen Stämmen getragen, unter denen sich der Stamm der Barazani im Irak besonders hervortat. Fehden unter den Stämmen, welche von der jeweiligen Regierung, soweit nützlich, unterstützt wurden, hatten zur Folge, daß es nur selten zu einer allgemeinen Erhebung kam. Ohne sonderliche Rücksicht auf die Stammesverfassung, die sich in den letzten Jahrzehnten ohnehin gelockert hat, wird seit 1961 der Aufstand von einer politischen Organisation, der „Kurdischen Demokratischen Partei“, geführt. Die militärische Organisation, die Peschmerga, ist aber bis zu einem gewissen Grad von der Partei unabhängig geblieben. Die Partei wurde 1959 von Mustafa Barazani gegründet, der nach dem Kurdenaufstand 1947 mit einigen hundert seiner Krieger in die Sowjetunion geflohen war, nach der Julirevolution 1959 dann aber in den Irak zurückkehren durfte. Barazani, der noch bis 1964 Beziehungen zur Sowjetunion unterhielt, gilt nicht als Kommunist. Die Kurdische Demokratische Partei wurde allerdings nach kommunistischem Vorbild aufgebaut, und die kurdischen Kommunisten erhielten die Weisung, sich dieser Partei anzuschließen. Die Partei scheint nach ihrer Gründung eher einen linksradikalen Kurs verfolgt zu haben. Die meisten Parteimitglieder stammten aus dem „Mittelstand“ der Landstädte, waren also schon den Stämmen entwachsen. In ihrem revolutionären Eifer kämpften sie nicht nur gegen die Unterdrückung durch die Araber, sondern genauso sehr gegen die „reaktionäre und feudale“ Stammesverfassung. Sie sind dabei, wie Barazani erklärte, sehr „selbstherrlich“ vorgegangen, haben das Volk unterdrückt und ohne Vollmacht Verhandlungen mit der Regierung geführt; Barazani vermied jede politische Etikettierung — eine verständliche Vorsicht, denn er muß die Beziehung zu Moskau erhalten —, aber es besteht kein Zweifel daran, daß die Partei unter kommunistischen Einfluß geraten war (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 27. 10. 64).

Im Juli 1964 hat Barazani dann in einem Handstreich die Führung der Partei übernommen, indem er einen Parteikongreß einberief, welcher 14 Mitglieder des Zentralkomitees absetzte. Zugleich beschloß dieser Kongreß den Ausschluß der Kommunisten aus der Partei und aus der Peschmerga. Im Verlauf der Auseinandersetzung soll es auch zu Kämpfen gekommen sein, doch hat es den Anschein, daß Barazani zur Zeit sowohl die Partei als auch die Peschmerga sicher beherrscht. In der politischen Agitation der Partei steht nun der nationale Aspekt wieder im Vordergrund. Die bisher geforderte Landreform wurde als unrealistisch abgetan, da es doch keinen nennenswerten Großgrundbesitz unter den Kurden gibt. Dagegen wird die Zugehörigkeit aller Klassen zum kurdischen Volk hervorgehoben.

Um das politische Monopol der Partei zu brechen, wurde beschlossen, neben dem Kongreß der Partei noch einen Kongreß der Peschmerga und einen Kongreß der Stammesführer einzuberufen. Das höchste Organ ist zur Zeit ein Revolutionsrat mit 48 Mitgliedern, von denen die Kurdische Demokratische Partei 18 stellt, vier sind Sonderbeauftragte Barazanis, der das Präsidium des Zentralkomitees innehat, 26 Mitglieder sind Vertreter der Peschmerga und der Stämme. Unter den Stammesvertretern befinden sich auch Vertreter der christlichen Minorität im kurdischen Gebiet, und zwar der assyrische Bischof Andräus und der chaldäische Priester Paul Beidar (vgl.

„Neue Zürcher Zeitung“, 24. 1. 65). Dem Revolutionsrat untersteht ein Exekutivkomitee mit 12 Mitgliedern, dem der Generalsekretär der Demokratischen Partei Hamid Karim vorsteht. Dieses Komitee erfüllt die Aufgaben einer Regierung. Das Gebiet der Kurden wurde in fünf Distrikte aufgeteilt, denen Präfekten vorstehen.

Die kurdischen Forderungen

Bei den zahlreichen Verhandlungen, die während des letzten Waffenstillstandes zwischen den Vertretern der Regierung und den Kurden geführt wurden, erwies es sich immer wieder, daß eine Einigung zwischen den Parteien kaum möglich ist. Die Kurden haben die Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan wohlweislich vermieden, denn diese würde sich faktisch auch gegen die Interessen der Türkei und Persiens richten, an deren Grenzen die Aufständischen operieren. Sie beschränken sich vielmehr auf die Forderung nach einer „kurdischen Provinz“ innerhalb des irakischen Staates. Am 11. Oktober 1964 überreichten Unterhändler Barazanis der Bagdader Regierung ein Memorandum, welches als Verhandlungsgrundlage dienen sollte. Darin wird eine Verfassungsänderung vorgeschlagen mit dem Ziel der Errichtung einer Provinz Kurdistan im Rahmen einer irakischen Föderation. Die Provinz soll einen festen Teil der Staatseinnahmen erhalten. Zur Sicherung der Provinz soll eine kurdische Truppe in Kurdistan stationiert und die Verwaltung kurdischen Beamten und Gouverneuren übertragen werden. Für den Fall eines Zusammenschlusses mit anderen arabischen Staaten soll die Provinz Kurdistan weiter bestehenbleiben („L'Orient“, 20. 1. 65; „Neue Zürcher Zeitung“, 24. 1. 65). Die irakische Regierung ist auf diese Vorschläge nicht weiter eingegangen. Sie zeigte sich nur bereit, zum Status quo ante zurückzukehren: Beteiligung kurdischer Minister an der Zentralregierung, Zulassung der kurdischen Sprache an den Grundschulen, finanzielle Zuschüsse für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung der kurdischen Gebiete, Amnestie für kurdische Gefangene. Als Vorleistung fordert die Regierung die Entwaffnung der Peschmerga und die Auflösung der kurdischen Administration.

Veränderte Kampftaktik

Die Kämpfe, die im April dieses Jahres wieder begannen, lassen erkennen, daß beide Seiten ihre Taktik geändert haben. Nachdem das Oberkommando der Armee einsehen mußte, daß größere offensive Operationen im kurdischen Bergland nicht zum Erfolg führten, versuchte man den Kampf nun mit politischen Mitteln zu führen, etwa nach dem Vorbild der französischen Fallschirmjäger in Algerien. So versucht man die Peschmerga von der kurdischen Zivilbevölkerung zu isolieren, indem man die Kurden, die in dem von Regierungstruppen kontrollierten Gebieten leben, zu Loyalitätserklärungen für die Bagdader Regierung zwingt. Auch werden Kurden gezwungen, in einer Hilfsmiliz der Regierung Dienst zu leisten. Widerstrebende werden nach dem Süden des Iraks deportiert, dessen Klima für die kurdische Bergbevölkerung unerträglich ist. In den letzten Monaten wurden mehr als 2000 Kurden deportiert. Im Gegensatz zu früheren Expeditionen, welche schon erfolgreich beendet waren, bevor sie begonnen hatten, wird der Krieg gegen die Kurden fast geheimgehalten. Diese neue Taktik der Armee dürfte jedoch kaum zu einem Erfolg führen. Barazanis Position ist in diesem Sommer viel stärker als in vergangenen

Jahren. Zudem haben die Kurden Beziehungen zu den Schiiten aufgenommen, welche den Unionsbestrebungen der Regierung Arif mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen. Die religiösen Führer der Schiiten haben ein Gutachten veröffentlicht, in welchem der Krieg gegen die Kurden als ein Krieg gegen muslimische Glaubensbrüder verurteilt wird, was die ohnehin geringe Kampflust der schiitischen Mannschaften noch verringerte und zu zahlreichen Überläufen zu den Kurden führte („Le Monde“, 14. 5. 65).

Internationale Auswirkungen

Die Auswirkungen des Kurdenaufstandes blieben bisher auf den Nahen Osten beschränkt. Abgesehen von der sowjetischen Episode während der Regierung der Baath-Partei, hat keine der Großmächte bisher versucht, einen unmittelbaren Einfluß auszuüben. Barazani suchte in jüngerer Zeit zwar die Unterstützung der USA (angeblich wurde eine Beteiligung der Kurden an der CENTO vorgeschlagen). Barazanis Versuch blieb jedoch ohne Erfolg, da die Vereinigten Staaten jede Ausweitung des Konfliktes vermeiden möchten. Genausowenig ist die Sowjetunion an einer Unterstützung der Kurden interessiert. Möglicherweise besteht ein Stillhalteabkommen zwischen den englischen Ölgesellschaften und den Kurden, da diese bisher niemals die Installationen der Ölquellen in Mossul und Kirkuk angegriffen haben. Ein Teil der Waffenlieferungen dürfte über Persien geleitet werden, doch gibt es kaum Anzeichen für eine unmittelbare Unterstützung der kurdischen Aufständischen durch Persien.

Der verlustreiche und kostspielige Kurdenkrieg belastet das Verhältnis zwischen dem Irak und Ägypten und könnte am Ende zum Bruch zwischen diesen beiden Staaten führen. Seit dem Sommer 1964 sind im Irak ernsthafte Bemühungen im Gang, die notwendigen Voraussetzungen für eine politische Vereinigung zwischen dem Irak und Ägypten zu schaffen. So wurden nach ägyptischem Vorbild die Parteien zugunsten einer „sozialistischen Einheitspartei“ aufgelöst, zahlreiche Unternehmen wurden verstaatlicht und ägyptische Berater für Polizei und Armee ins Land geholt. Nasser, der zeitweise sogar die Kurden gegen seinen persönlichen Feind Kassim unterstützte, hat sich von jeher und grundsätzlich für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage ausgesprochen und jede Unterstützung im Kurdenkrieg abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil der Jemenkrieg ein weiteres militärisches Engagement Ägyptens nicht zuläßt. Dies führte bereits zu starken Spannungen innerhalb der irakischen Regierung, nämlich zwischen den Verfechtern eines harten Kurses gegenüber den Kurden, zu denen außer Marschall Arif selber auch General Taher Jahja gehört, und den stark nasseristisch ausgerichteten Politikern unter der Führung Fuad el Rikabis. Bisher hat zwar Arif die Oberhand behalten, der Umstand aber, daß nur eine Division zum Schutz der Hauptstadt bereitstehen kann, stellt eher eine Einladung zum Staatsstreich dar.

Nicht anders als der Krieg im Jemen hatte auch der Kurdenkrieg seine Auswirkungen auf die Gesamtsituation im Nahen Osten: Der arabische Plan zur Ableitung des Jordanwassers, der noch vor einem Jahr in einer arabischen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber Israel gipfelte, mußte faktisch fallengelassen werden: Die beiden größten Armeen der arabischen Staaten können zur Zeit nicht einmal als Drohung gegen Israel eingesetzt werden.

Ökumenische Nachrichten

Politische Kundgebungen des Exekutivkomitees des WCC

Auf seiner letzten Routinetagung in Genf vom 11. bis 15. Juli 1965 beschäftigte sich der Exekutivausschuß des Weltrats der Kirchen (WCC)

hauptsächlich mit kirchlichen Kundgebungen zu aktuellen politischen Fragen. Aber er nahm u. a. den Bericht über die erste Tagung des Konsultativausschusses mit dem römischen Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen entgegen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 456). Eine Veröffentlichung des Berichtes könne nur in beiderseitigem Einverständnis erfolgen, heißt es, und die zweite Tagung solle noch vor Ende des Jahres stattfinden (öpd, 22. 7. 65).

Der Exekutivausschuß, der aus Vertretern von 11 Nationen besteht und unter dem Vorsitz des lutherischen Kirchenpräsidenten Franklin Cl. Fry, USA, bzw. seines Stellvertreters Ernest A. Payne, Generalsekretär der britischen Baptisten, tagte, nahm vor allem eine einstimmige Erklärung zum Vietnamkonflikt an. In dieser wird an „alle betroffenen Parteien auf beiden Seiten“ appelliert, „jede Möglichkeit zu prüfen und jede Initiative zu begrüßen, die zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur Formulierung von Vorschlägen für die Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme in dem Gebiet führen könnten“. Die Christen werden aufgefordert, für den Frieden und für das Volk Vietnams zu beten. Die Erklärung nimmt dankbar davon Kenntnis, daß es der Ostasiatischen Christlichen Konferenz, einer regionalen Organisation des Weltrats, mit Unterstützung der Abteilung für zwischenkirchliche Hilfe in Genf, sowie dem Flüchtlingsdienst des Weltrats möglich ist, der notleidenden Bevölkerung in Nord- und Südvietnam zu helfen.

Die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ (CCIA) wird ausdrücklich aufgefordert, ihre Bemühungen in der Vietnam-Frage durch örtliche Kontaktmänner fortzusetzen.

In Sachen der Vierten Vollversammlung des Weltrats der Kirchen im Jahre 1968, für die Tagungsort und Termin noch nicht festgesetzt werden konnten, wurde das Generalthema angenommen: „Siehe, ich mache alles neu“ (Offb. 21, 5). Die vorgesehenen Sektionen werden folgende Themen durchberaten: „Kirchliche Einheit in einer schrumpfenden Welt“, ferner „Zeugnis in und gegenüber einer nichtchristlichen Welt“; sodann „Die Rolle der Kirchen im sozialen Wandel“; „Der Kampf der Kirche für Frieden und Gerechtigkeit“; „Verehrung Gottes in einem säkularen Zeitalter“ und schließlich „Jugend auf der Suche nach einem neuen Lebensstil“.

Die an das Zweite Vatikanische Konzil gerichtete Erklärung zur Frage der Religionsfreiheit ist am Schluß des Berichtes über die Dokumentation des Weltrats der Kirchen zur gleichen Frage abgedruckt (vgl. ds. Heft, S. 581).

Die lutherischen Konsultationen mit katholischen Theologen in den USA

Wie im letzten Heft der Herder-Korrespondenz (S. 511) gemeldet, waren für den 6. Juli 1965 in Baltimore im Zusammenhang der Durchführung des Ökumenismusdekrets

Konsultationen zwischen lutherischen und römisch-katholischen Theologen vereinbart. Über den Verlauf dieser ersten Begegnung liegen unterdessen authentische Berichte